

3284/J XXII. GP

Eingelangt am 08.07.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Rada, Pendl
und GenossInnen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Kontrolle illegaler Arbeitnehmer

Die Amtshandlungen der Kontrolle illegaler Arbeitnehmer (KIAB) werden, belegt durch eine Vielzahl von Vorfällen aus der Praxis, immer gefährlicher. Die amtshandelnden Personen werden verbal und mit physischer Gewalt oftmals bedrängt. Verletzungen des Personals sind keine Seltenheit mehr. Daher werden die Forderungen der Beamten nach der Beseitigung von organisatorischen Schwachstellen immer lauter. Die Defizitbereiche erstrecken sich von der mangelhaften Ausrüstung bis zu Koordinationslücken zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Inneres.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Welche spezifische psychologische Ausbildung erhalten die Mitarbeiter, um mit dem erhöhten Konfliktpotential der zu kontrollierenden Personen umgehen zu können?
2. Welche Schutzausrüstung ist für das Personal vorhanden und welche Teile werden in absehbarer Zeit angeschafft?
3. Welche Kraftfahrzeuge und Kommunikationseinrichtungen stehen in welcher Anzahl dem Personal zur Verfügung?
4. Wie erfolgt die ärztliche Betreuung des Personals, vor allem im Verletzungsfall?

5. Welche Kapazitäten der Polizei stehen zur Unterstützung der Amtshandlungen zur Verfügung?
6. Welche schriftlichen Vereinbarungen gibt es zwischen dem Bundesministerium für Finanzen und dem Bundesministerium für Inneres betreffend KIAB und wie lauten diese vollinhaltlich?
7. Welche Maßnahmen werden gesetzt, um bei Einsätzen die Personalsicherheit zu erhöhen?